

Roman Sandgruber

Oberösterreichs Wege zum Industrieland

Frühe industrielle Inseln

Oberösterreichs Weg zum Industrieland, ja zum Industrieland Nr. 1 in Österreich war nicht sehr geradlinig. Im 18. Jahrhundert galt das Land als „industriös“, was damals anders gemeint war als heute, und zwar im eigentlichen Wortsinn von „industria“, nämlich als fleißig. „Industriös“ musste man vor allem in jenen Regionen sein, wo die Landwirtschaft ertragsschwach war, im Mühlviertel, Enns- und Steyrtal, Salzkammergut und auch in den hochgelegenen Teilen des Hausruckviertels, was keineswegs bedeutet, dass nicht auch die Arbeit in der Landwirtschaft sehr viel Fleiß erforderte. Es gab einige wichtige natürliche Voraussetzungen, dass sich in diesen von der Bodenfruchtbarkeit benachteiligten Regionen eine nichtlandwirtschaftliche Güterproduktion entwickeln konnte: die Salzvorkommen in Hallstatt, Ischl und Aussee, die Eisengewinnung am steirischen Erzberg, die Schafzucht und der Flachsanzbau in den Ungunstlagen, die die textilen Rohstoffe für eine Hausindustrie lieferten, und vor allem die Forstwirtschaft, welche die Energie für viele industrielle Prozesse bereitstellte. So hatten sich in Oberösterreich schon seit dem Mittelalter einige industrielle Inseln herausgebildet: die Salzwirtschaft im Salzkammergut, die Messer- und Sensenerzeugung in der sogenannten „Eisenwurz“ rund um Steyr, im Enns-, Steyr- und Kremstal und die textile Hausindustrie mit den Zentren in den Mühlviertler Webermärkten und der Linzer Wollzeugmanufaktur (siehe dazu Abb. 1 und 2). Dass Oberösterreich damals im Fernverkehr von Italien Richtung Ostsee eine wichtige Stellung einnahm, weil die Verkehrswege am Alpenostrand wegen der Osmanengefahr zu unsicher waren, erleichterte den Zugang zu überregionalen Absatzmärkten und neuem Know-how.

Doch der Anschluss an die „Industrielle Revolution“ wurde im 19. Jahrhundert vorerst verpasst. Die mechanisierte Textilindustrie orientierte sich auf den Wiener Raum, die kleinen Alpentäler mit ihrer Wasserkraft und ihren Holzreserven büßten durch die Dampfmaschine und die Mineralkohle ihre Standortvorteile ein und den Messer- und Sensenschmieden, Flößern und Fuhrleuten gingen ihre Kunden verloren. Im Straßen- und Eisenbahnbau hinkte das Land weit hinterher, ungeachtet des frühen Vorpreschens mit der Pferdeisenbahn Gmunden-Linz-Budweis, der ersten großen Pferdebahn auf dem Kontinent, die allerdings zum Zeitpunkt der Eröffnung 1832/36 bereits veraltet war. Erst 1858/60 kam es mit der Eröffnung der Westbahn Wien-Linz-Salzburg zur Einbindung in das überregionale Eisenbahnnetz, während der Ausbau einer Nord-Süd-Eisenbahnachse in Oberösterreich bis in die Gegenwart völlig unzureichend blieb. Auch in der

Em. o. Univ. Prof. Dr. Roman Sandgruber, geb. 1947, von 1988 bis 2015 o. Univ. Prof. für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Johannes Kepler Universität Linz, wirkliches Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Jüngste Buchveröffentlichung: Rothschild. Glanz und Untergang des Wiener Welthauses. Wien 2018, Verlag Styria Molden, 528 Seiten. roman.sandgruber@jku.at

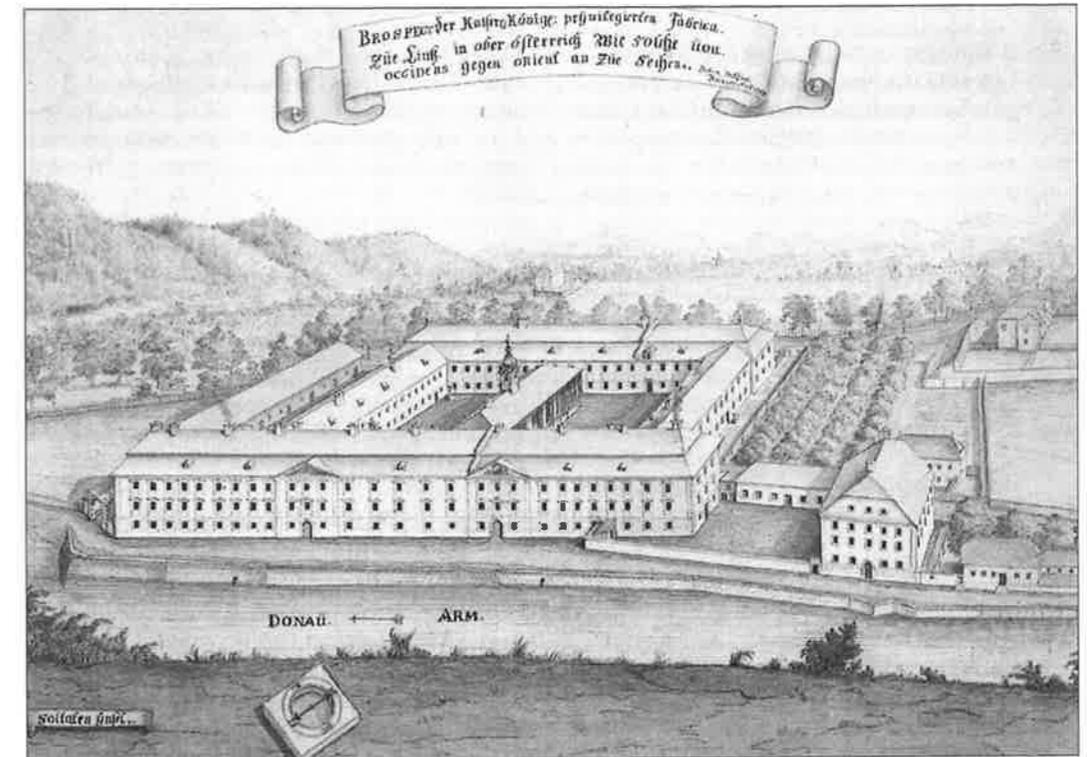


Abb. 1: Die Linzer Wollzeugfabrik 1753 (Privatbesitz). Gegründet 1672. Sie beschäftigte 1780/90 bis zu 50.000 Arbeitskräfte, den größten Teil im Mühlviertel. Die Schließung erfolgte 1851.

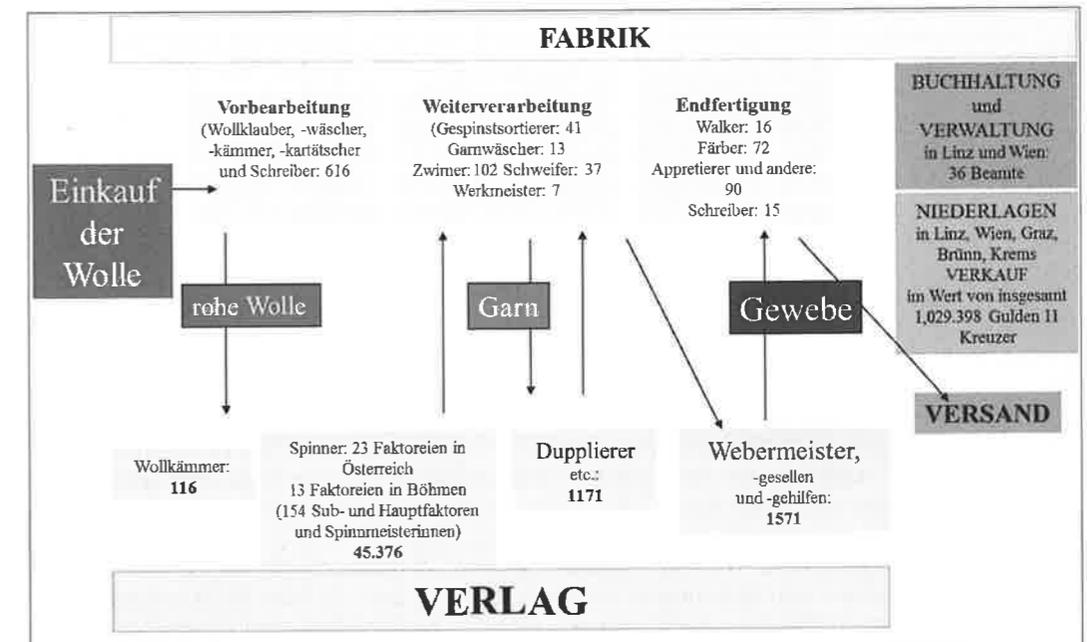


Abb. 2: Die Linzer Wollzeugfabrik 1791. Organigramm (PowerPoint-Präsentation Sandgruber).

Bildungspolitik geriet Oberösterreich im 19. Jahrhundert ins Abseits. Während Linz bis ins beginnende 19. Jahrhundert hochschulähnliche Einrichtungen besaß, gelangte es in den nächsten 150 Jahren im tertiären Bildungssektor völlig in den Schatten Wiens. Neue Impulse gab es erst im Jahr 1965 mit der Gründung der Johannes Kepler Universität, die in ihrer modernen Kombination von Wirtschaft, Recht und Technik sehr zukunftsweisend war.

So kam es dazu, dass Oberösterreich im frühen 20. Jahrhundert zwar einige industrielle Inseln besaß (vgl. Abb. 3 und 4), aber insgesamt als mehr oder weniger wohlhabendes Bauernland galt. Erst im und nach dem Zweiten Weltkrieg kam es zum großen industriellen Sprung nach vorne. Der größte Teil der heute wichtigen oberösterreichischen Industrieunternehmen startete seine Erfolgsgeschichte in den 1940er und 1950er Jahren.

Nationalsozialismus und Industrialisierung

War Oberösterreich, als es Oberdonau hieß, ein „Sonderfall“? Es gibt manche Anhaltspunkte dafür: Linz war Heimatstadt und Patenstadt des Führers, „Gründungsstadt des Großdeutschen Reichs“ und neben Berlin, Hamburg, München und Nürnberg eine der fünf Führerstädte des Reiches, und dies als einzige Stadt von nur mittlerer Größe. Wels wurde zur „Stadt der Bewegung“ und „Patenstadt von Hermann Göring“. Steyr, die bis dahin bedeutendste Industriestadt des Landes, sollte als „Industriekraftfeld“, Rüstungszentrum und Heimatstadt des Gauleiters August Eigruber entsprechend aufgewertet werden. Wie Hitler in Linz plante Eigruber in Steyr in dem vom Gau erworbenen Schloss Lamberg seinen Alterssitz. Auch Braunau als Hitlers Geburtsort war hervorgehoben, ebenso wie Leonding, wo seine Eltern begraben waren, und selbst kleine Märkte wälzten im Verhältnis zur Ortsgröße gigantische Ausbaupläne.

Als einziges ehemaliges österreichisches Bundesland wurde Oberdonau als selbstständiger Wirtschaftsbezirk mit eigener Wirtschaftskammer organisiert. Wien musste wichtige Firmensitze an Oberösterreich abgeben. Der Hauptsitz der Steyr-Werke wurde mit 1. Jänner 1939 von Wien nach Steyr verlegt. Ähnlich war es mit der Zentrale der Eisenindustrie. Dass nicht Wien, sondern Linz nach der Übernahme der Alpine Montangesellschaft Firmensitz der neuen „Alpine Montan Aktiengesellschaft Hermann Göring“ wurde, soll gegen heftigen Widerstand der Alpine-Fraktion letztendlich durch eine persönliche Entscheidung Hitlers geregelt worden sein.

Sofort nach dem Anschluss begann der wirtschaftliche Umbau des Landes. Hermann Göring veröffentlichte noch im März 1938 ein 17 Punkte umfassendes Aufbauprogramm für Österreich. Vier Punkte betrafen Oberösterreich: ein Hüttenwerk in Linz, ein Zellwollwerk, der Autobahnbau und zwei neue Donaubrücken in Linz. Die Planungen für Linz waren auf 240.000 bis 300.000, in manchen Vorstellungen sogar auf 400.000 Einwohner gerichtet, verglichen zu den bisherigen gut 100.000 Einwohnern also eine Verdrei- bis Vervielfachung. Der Linzer Hafen sollte zum größten Binnenhafen Mitteleuropas ausgebaut und die Donau durch den Rhein-Main-Donau-Kanal zu einer transeuropäischen Wasserstraße aufgewertet werden.

Im Vordergrund der Industrie Gründungen in Oberösterreich standen dabei Autarkiestreben und Rüstungswirtschaft. Bereits am 13. Mai 1938 erfolgte der Spatenstich für die „Reichswerke AG für Erzbergbau und Eisenhütten



Abb. 3: Mechanische Spinnereien in Linz um 1900 (PowerPoint-Präsentation Sandgruber).



Abb. 4: Das neue Werk der Steyrer Waffenfabrik (erbaut 1912/14), um 1920 (Heimathaus Steyr, Amtsblatt der Stadt Steyr 9/1987).

„Hermann Göring“, Linz“ (Abb. 5). Innerhalb kürzester Zeit war die Standortentscheidung erfolgt, wurden die Grundbesitzer enteignet und die Bewohner des Dorfes St. Peter bei Linz ausgesiedelt. Das Werk sollte nach dem Vollausbau ursprünglich zwölf, in der späteren Variante sechs Hochöfen erhalten und eine entsprechende Anzahl weiterverarbeitender Großbetriebe umfassen. Die Hütte sollte an dem transportgünstigen Donaustandort eine Rohstahlkapazität von mehr als 1 Million Tonnen erreichen und vornehmlich aus der Steiermark mit heimischen Erzen beliefert werden. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion plante man auf ukrainische Erze um. Am 1. Oktober 1941 wurde der erste Hochofen angeblasen. 1942 wurden mit drei Hochöfen 340.000 t Roheisen erzeugt, 1943 bereits 541.360 t (Abb. 6). Bis Kriegsende waren die sechs Hochöfen fertiggestellt. Dennoch blieb das Werk ein Torso. Es fehlten ein leistungsfähiges Stahlwerk und ein entsprechendes Walzwerk für die Weiterverarbeitung.

Ähnlich schnell war die Standortentscheidung für das Zellwollwerk in Lenzing gefallen. Am 31. Mai war die Unternehmensgründung erfolgt, parallel dazu durch die Arisierung der Bunzl'schen Papier- und Zellstofffabrik Platz für das Fabriksgelände und die Rohstoffgrundlage geschaffen und am 1. Juli der Spatenstich durchgeführt worden. Ende September 1939 lief die Produktion an. Die Entscheidung, eine ursprünglich für Bayern geplante Anlage der „IG Farben“ zur Stickstoffgewinnung in Linz anzusiedeln, stand in unmittelbarem Zusammenhang mit der Errichtung der Eisenhütte und deren Kokereianlage, aber auch mit den Modernisierungsbedürfnissen der österreichischen Landwirtschaft, war doch für die Erzeugung von Stickstoff in Österreich zuvor keine Produktionsanlage vorhanden. Im Rahmen des „Pulver-Schnellplans“ sollte in Linz allerdings vor allem Stickstoff für Sprengstoff erzeugt werden. Die Unternehmensgründung erfolgte am 7. Juni 1939, der Produktionsbeginn im März 1943.

Auch die Errichtung eines Aluminiumwerkes in Ranshofen/Braunau als Gründung der Aluminiumwerke Berlin hatte wehrwirtschaftliche Hintergründe. Die Standortwahl in einem weitläufigen Forst, der die Emissionen schlucken sollte, wurde gegen erheblichen Widerstand der Naturschützer durchgezogen. Ausschlaggebend waren mehrere Faktoren: die Lage an der kürzesten Eisenbahnverbindung zwischen Linz und München, das Energieangebot aus den geplanten Innkraftwerken, das Arbeitskräfteangebot im noch wenig industrialisierten Innviertel, aber auch das billige, da „arisierte“ Betriebsareal und nicht zuletzt vielleicht auch die Reverenz vor Hitlers Geburtsstadt Braunau. 1940 wurde nach einer Bauzeit von nur elf Monaten ein Teilbetrieb der auf rund 65.000 Jahrestonnen ausgelegten Kapazität aufgenommen, 1942 wurden 21.700 t Aluminium produziert, 1943 schon 35.900 t. 1944 war das „Mattigwerk“ in Ranshofen der größte Aluminiumproduzent Deutschlands und stellte mit etwa 33.000 t etwa 20 Prozent der deutschen Erzeugung.

Auch im bis dahin größten Industrieunternehmen Oberösterreichs, der Steyr-Daimler-Puch-AG, wurde die Gewehrfabrikation rasch ausgebaut und die Fahrzeugfabrikation auf den militärischen Bedarf umgestellt. 1939 erfolgte die Grundsteinlegung für das neue Wälzlagerwerk in Steyr-Münichholz. Die Steyr-Daimler-Puch AG blieb bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs das größte Industrieunternehmen Österreichs. Waren unmittelbar vor dem Anschluss etwa 7.000 Personen bei der SDPAG beschäftigt, so stieg diese Zahl im Gesamtkonzern bis 1944 auf ca. 50.000. Für Steyr war eine Steigerung der Einwohnerzahl von 30.000 auf 70.000 geplant.



Abb. 5: Spatenstich für die Hermann-Göring-Werke Linz, 13. Mai 1938 (Ostmark-Woche, 19. Mai 1938).



Abb. 6: Die sechs neuen Hochöfen in Linz 1941/43 (PowerPoint-Präsentation Sandgruber).

Die Industrialisierung Oberösterreichs wurde durch diese Gründungen zwar nicht ausgelöst, aber die Branchenstruktur in Richtung Grundstoffindustrie und Großbetriebe massiv verändert. Lenzing war 1943 mit 3.100 Beschäftigten hinter der Steyr-Daimler-Puch-AG (18.800 Beschäftigte am Steyrer Standort inklusive dem Nibelungenwerk im niederösterreichischen St. Valentin), den Eisenwerken Oberdonau (12.000 Beschäftigte) und der Hütte Linz (7.300) zum viertgrößten Unternehmen in Oberösterreich aufgestiegen, vor der Aluminiumhütte Ranshofen (2.000), den Linzer Stickstoffwerken (1.600), den Flugzeugwerken Wels (1.100) und der Linzer Schiffswerft (1.000). Die Betriebsgrößenstruktur der Industrie hatte sich dramatisch verändert. 1937 arbeiteten 30,3 Prozent der Industriebeschäftigten Oberösterreichs in Betrieben mit mehr als 1.000 Beschäftigten, 1943 hingegen 65,4 Prozent.

Man kann mehrere Schübe von Industrieneugründungen ab 1938 in Oberösterreich unterscheiden: einen ersten Schub 1938 nach dem Anschluss, dann 1941/42 mit dem Übergang zur Großraumwirtschaft im Osten und schließlich 1943/44 im totalen Bombenkrieg, als zahlreiche Rüstungsbetriebe wegen der vor alliierten Luftangriffen lange geschützten und deshalb auch als „Reichsluftschuttkeller“ apostrophierten Lage nach Österreich transferiert wurden bzw. der Bau neuer Anlagen im Zeichen eines sich ständig verengenden Reichsterritoriums begonnen wurde. Dazu gehörten auch die zahlreichen Produktionsverlagerungen in Stollen und große Kellerräume. Zuletzt, als ohnehin schon alles verloren war, verlegten deutsche Unternehmen ihre Standorte auch mit dem Hintergedanken nach Österreich, hier nach Kriegsende vielleicht eine wohlwillendere Haltung der Alliierten vorfinden zu können als im „Altreich“.

Die wirtschaftliche Entwicklung Oberösterreichs während der sieben Jahre, in denen es unter nationalsozialistischer Herrschaft gestanden ist, wird häufig überschätzt. In der NS-Ära erfolgten in Oberösterreich 27 Betriebsgründungen (ohne „KZ-Betriebe“). Diese beschäftigten im September 1944 insgesamt 25.964 Arbeitnehmer (ohne die KZ-Häftlinge), davon 24.758 in den sechs Großbetrieben Eisenwerke Oberdonau, Hütte Linz, Stickstoffwerke, Aluminium Werk Ranshofen, Zellwolle Lenzing und Flugzeug- u. Metallbauwerke Wels. Wie Otto Lackinger zeigen konnte, ist ein beträchtlicher Teil der statistisch dokumentierten Zunahme der Industriebetriebe und Industriebeschäftigten (etwa die mehr als Verdreifachung der Linzer Industriebetriebe nach 1938) simpel auf statistische Umgruppierungen in der Abgrenzung zum Gewerbe zurückzuführen; die Gesamtzunahme der Zahl der Betriebe war eher bescheiden.

Die großindustriellen Gründungen waren in vielerlei Hinsicht überdimensioniert. Die Politik des schrankenlosen Schuldenmachens und der damit verbundenen Fehlplanungen und Kostenüberschreitungen wurde durch die Kriegswirtschaft verschleiert. Die Autarkiepolitik, die sich kurzfristig als recht erfolgreich erwies, wäre unweigerlich dann in die Krise geraten, wenn die Schulden fällig geworden wären oder das Reich wieder in den Weltmarkt integriert worden wäre. Während die Großprojekte enorme Investitionssummen banden, waren für die Modernisierung und Rationalisierung der Klein- und Mittelbetriebe auch vergleichsweise kleine Summen nicht aufzubringen.

Die Geschichte der nationalsozialistischen Industriegründungen kann schon deswegen nicht als Geschichte einer erfolgreichen Beschäftigungs- und Industrieansiedlungspolitik gesehen werden, weil sie wie die gesamte nationalsozialistische Politik auf einem Bündel von Beraubungen aufgebaut war. Beraubt wurden

zahlreiche Personengruppen, die aus rassistischen, religiösen und ideologischen Gründen diskriminiert wurden: die Juden, die Kirchen, die Roma und Sinti, die nationalen Minderheiten und die politischen Gegner des Nationalsozialismus, die ausländischen ZwangsarbeiterInnen, die aus zahlreichen Ländern ins Reich gebracht wurden und am Auf- und Ausbau während der Kriegszeit beteiligt waren, die Häftlinge der Konzentrationslager und Außenlager, die in den Fabriken und Infrastrukturprojekten arbeiteten. Aber auch die Bauern und Grundbesitzer, deren Wirtschaftsflächen und Häuser für den Raumbedarf der nationalsozialistischen Vorhaben enteignet wurden, die Altaktionäre zahlreicher Unternehmen, deren Investitionen nach 1945 weitgehend verloren waren, fremde Staaten, etwa der holländische Staat, der einen Zwangskredit für Lenzing abschreiben musste, und die Sparer als Gesamtheit, deren Guthaben eingefroren und in der nachfolgenden Währungsreform entwertet wurden.

Der Wiederaufbau

Die nationalsozialistische Zeit hatte überall in Österreich auf die Kriegswirtschaft ausgerichtete und umgestellte Unternehmungen hinterlassen, nicht nur in Oberösterreich. Was Oberösterreich von Niederösterreich unterschied, war, dass die oberösterreichischen Betriebe anders als in Niederösterreich stärker auf die Grundstoffindustrie orientiert waren und wegen ihrer Lage in der amerikanischen Besatzungszone, nicht zuletzt auch mit Hilfe der Marshallplan-Mittel, weitergeführt werden konnten, während in Niederösterreich wegen der Lage in der sowjetischen Besatzungszone dieser Schub fehlte. Der Marshallplan, dessen Mittel im österreichischen Fall zu einem überwiegenden Teil in die amerikanische Zone flossen, hat hier entscheidend mitgewirkt. Was am Marshallplan so wichtig war, waren nicht nur die Mittel, die für Investitionen bereitgestellt wurden, sondern auch der wirtschaftsliberale Rahmen, der damit verbunden war, obwohl die Bezeichnung „Plan“ eher in Richtung gelenkter Wirtschaft deuten würde. Doch es war der unternehmerische Freiraum, der den Erfolg begründete (Abb. 7).

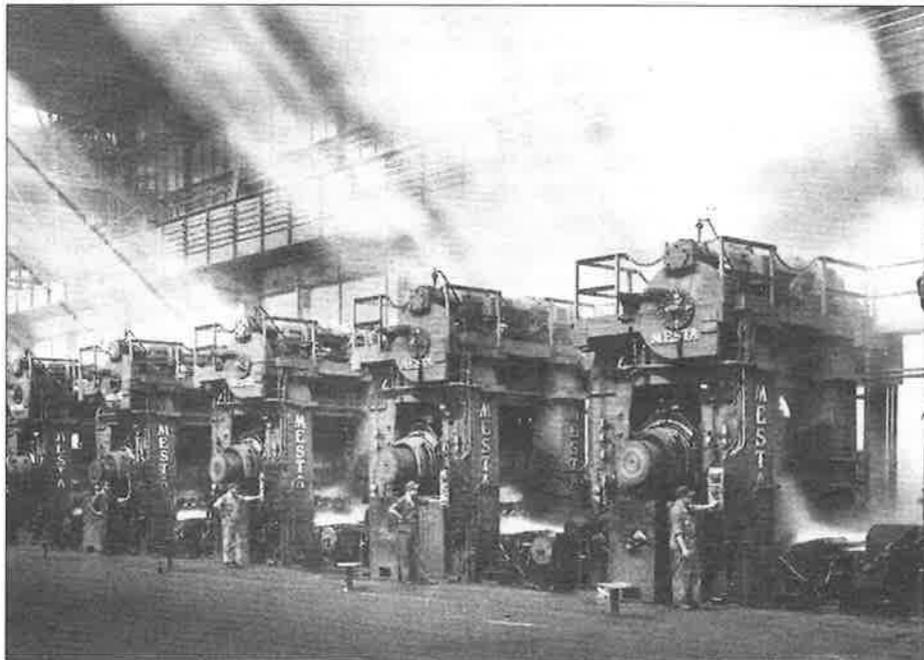
Ein schönes Beispiel bietet die wichtigste technische Innovation, die von Oberösterreich und Österreich im 20. Jahrhundert ihren Ausgang nahm. Das in den vierziger Jahren entwickelte Linz-Donawitz- oder Sauerstoff-Blasstahl-Verfahren, kurz LD-Verfahren, das 1949 erstmals vorgeführt und 1952 in Linz in Betrieb genommen wurde, sicherte der österreichischen Stahlindustrie auf Jahre hinaus einen hohen Konkurrenzvorteil. Denn damit konnten nicht nur die Investitionskosten, sondern auch die Betriebskosten gegenüber den Siemens-Martin-Öfen um 30 bis 50 Prozent gesenkt werden, sodass heute über 70 Prozent der Weltstahlerzeugung nach diesem in Linz und Donawitz zur Industriereife gebrachten Verfahren erzeugt werden.

Die von Hans Seidel aufgeworfene Frage, wie sich Österreichs Industriestruktur entwickelt hätte, wenn die Besatzungszonen 1945 anders verteilt worden wären und Oberösterreich statt Niederösterreich zur sowjetischen Besatzungszone geworden wäre, ist nicht leicht zu beantworten. Die Entscheidungen über die Art und den Umfang der Weiterführung der während der NS-Zeit auch in Niederösterreich neu gegründeten Unternehmen wären wohl anders gefallen und auch der Großteil der Marshallplanhilfe wäre in einem solchen Fall sicherlich nicht nach Oberösterreich, sondern nach Niederösterreich geflossen. Das bis 1938 bzw. auch noch 1945 gegebene Übergewicht Niederösterreichs als Industriezentrum



Abb. 7: Wiederanblasen des Hochofens in der Voest, Juni 1947. Landeshauptmann Gleißner mit amerikanischen Militärs (PowerPoint-Präsentation Sandgruber).

Abb. 8: Warmwalzwerk der Voest, Eröffnung 1953 (PowerPoint-Präsentation Sandgruber).



der Republik wäre noch mehr hervorgetreten, in diesem Fall mit einer stärkeren Betonung der dort dominierenden Finalindustrie statt der in Oberösterreich nach 1938 begründeten Roh- und Grundstoffherzeugung. Die nationalsozialistischen Industrieerfindungen im Grundstoffbereich in Oberösterreich aber hätten unter sowjetischer Herrschaft wohl weniger Überlebenschancen gehabt.

Oberösterreich war in den 50er und 60er Jahren des 20. Jahrhunderts zum wichtigsten Industrieland Österreichs geworden. Dominierend waren dabei direkt oder indirekt verstaatlichte Unternehmen in der Eisen- und Stahlindustrie (Abb. 8), im Maschinen- und Fahrzeugbau, im Kohlenbergbau und in der Energieerzeugung. Dabei wird allzu leicht übersehen, dass für die Nachkriegserfolge neben der Entscheidung zur Weiterführung der Schwerindustrieerfindungen der NS-Zeit auch die Ansiedlung zahlreicher neuer Klein- und Mittelbetriebe von Bedeutung war. Die Gründungswelle von 1946 bis 1955 wurde zur wichtigsten Phase in der Industrialisierungsgeschichte Oberösterreichs. Innerhalb von fünf Jahren erhöhte sich die Zahl der Industriebetriebe um ein Viertel. Insgesamt sind in den sieben Jahren von Mai 1945 bis Dezember 1952 in Oberösterreich 211 Industriebetriebe neu entstanden und 50 aus dem Gewerbe zur Industrie aufgerückt, fast dreimal so viel wie durch die Gründungen und Verlagerungen in den sieben Jahren der NS-Herrschaft.

Aus der Kriegswirtschaft war ein gewaltiger Schub an „learning by doing“ gekommen, an eigenständigem Improvisations- und Organisationstalent. Zu Kriegsende gelangten mit den zurückflutenden Truppen und Flüchtlingen aus dem Osten unternehmerische Personen und abgebaute Maschinen nach Oberösterreich. Eine weitere Welle folgte mit den Vertreibungen aus Jugoslawien und der Tschechoslowakei. Fast ausschließlich drängten diese Vertriebenen und Geflüchteten in die amerikanische Zone. Es ist auffällig, wie viele der heute zu den erfolgreichsten Betrieben Oberösterreichs zählenden Unternehmungen auf Gründungen von Flüchtlingen und Vertriebenen zurückgehen, die aus den ehemaligen deutschen Siedlungsgebieten im Sudetenland und in Südosteuropa in das amerikanisch besetzte Oberösterreich südlich der Donau geflüchtet waren.

Die Krise der siebziger Jahre

Die mit dem ersten Energieschock 1973/75 plötzlich ausbrechende Industriekrise traf die Verstaatlichte Industrie und damit Oberösterreich schwer. Vorerst versuchte man, die Krise durch aufwendige Beschäftigungsprogramme zu unterlaufen. Doch recht bald wurde klar, dass dies nicht durchzuhalten war. Mitte der 1980er Jahre offenbarte sich schlagartig die Brisanz der Situation. Der Missbrauch des staatlichen Sektors als Beschäftigungsreserve, die finanzielle Aushöhlung einzelner Unternehmen, eine überhastete Internationalisierung, ein zu langes Festhalten an traditionellen Produktionsprogrammen und Produktpaletten und nicht zuletzt auch immer häufiger werdende Managementfehler waren schlagend geworden.

Und es waren ebendiese massiven Fehler des Managements, die neben den internationalen Konstellationen und den teuren Beschäftigungsprogrammen zur Krise führten. In der VOEST gaben das Desaster mit dem Stahlwerk Bayou, das zu einem Vorzeigewerk auf dem amerikanischen Markt werden sollte, der Einstieg in die Wehrtechnik mit Panzerwannen, weitreichenden Kanonen und einer ergänzenden Granatenfertigung (Noricum-Skandal) und schließlich die

Spekulationsgeschäfte der VÖEST-Handelsfirma Intertrading den entscheidenden Stoß. Auch der Chemie Linz AG wurden in der expansiven Beschäftigungsstrategie getroffene Investitionsentscheidungen zum Verhängnis und bescherten riesige Verluste. Vom Management verursachte Wechselbäder waren auch bei der Vereinigte Metallwerke Ranshofen-Berndorf AG durchzustehen. Nach Krisenjahren, die von der ÖIAG überbrückt wurden, schrieb die AMAG ab 1987 dank stark gestiegener Aluminiumpreise als einziger verstaatlichter Betrieb zwar vorübergehend Gewinne, die das Unternehmen aber zu einer verhängnisvollen internationalen Einkaufstour veranlassten. Der ungesicherte Höhenflug endete Anfang der neunziger Jahre mit einem der VOEST vergleichbaren finanziellen Absturz. Ähnlich war es im halbstaatlichen Bereich der Steyr-Daimler-Puch-AG, wo ebenfalls die Auslandsengagements zu schweren Verlustbringern wurden, in Griechenland ebenso wie in Nigeria und in Polen. Nach dem Zusammenbruch des sehr lukrativen Waffengeschäfts erreichte der Verlust 1982 fast eine Dreiviertelmilliarde Schilling. Zwischen 1984 und 1988 verbuchte die Steyr-Daimler-Puch AG Verluste von mehr als 5 Milliarden Schilling.

Die Krise der Verstaatlichten Industrie bedeutete für Linz und Oberösterreich einen markanten Einschnitt. Die Dramatik der Situation brachte ÖIAG-Chef Hugo Michael Sekyra auf einer Belegschaftsversammlung der VOEST-Alpine zum Ausdruck: „Wir sind pleite! – verstehen Sie doch – wir sind pleite!“ Zusammenfassend beliefen sich die Gesamtverluste der VOEST-Alpine AG nach dem Statusbericht vom Februar 1986 auf 11,1 Milliarden Schilling. In den Jahren 1983 bis 1986 musste die ÖIAG 20 Milliarden Schilling zur Verlustabdeckung zuschießen. Der langjährige oberösterreichische Landesstatistiker Otto Lackinger schätzte, dass für die mehrheitlich in Oberösterreich situierten staatlichen Betriebe letztlich etwa 49 Milliarden Schilling staatliche Sanierungskosten aufzubringen waren.

Die Sanierung der VOEST-Alpine war mit einer dramatischen Reduzierung der Zahl der Mitarbeiter am Standort Linz von 25.000 auf 14.000 verbunden. Da nahezu gleichzeitig auch die Chemie Linz ebenfalls mehrere 1.000 Mitarbeiter abbauen musste und in der Grundstoffindustrie rund 17.000 Arbeitsplätze verloren gingen (etwa 10 Prozent aller Arbeitsplätze der Landeshauptstadt), schien eine beschäftigungspolitische Katastrophe unausweichlich. Mit einer Schuldenübernahme durch die Öffentlichkeit, einer Neuorganisation der Unternehmensstrukturen und einer Teilprivatisierung konnte ein erfolgreicher Kurswechsel eingeleitet werden. Waren 1978 die Eigentumsverhältnisse in der oberösterreichischen Industrie noch von einem mehrheitlichen Einfluss des Bundes gekennzeichnet (55,5 Prozent der Beschäftigten in der Industrie waren vom Bund dominiert, 14,9 Prozent vom Ausland, 26,1 Prozent von inländischen Eigentümern, 1,4 Prozent vom Land), so veränderte sich dies in den 1980er Jahren drastisch. Der Bundeseinfluss sank durch die Privatisierung der Schiffswerft, des Pharmabereichs der Chemie Linz, durch die Reduktion der Beschäftigten im direkten Bereich der ÖIAG, durch Verkauf von Steyr-Unternehmensteilen durch die CA, aber auch durch Neugründungen, wie das BMW-Motorenwerk, markant ab.

Die Krise der staatlichen, verstaatlichten und indirekt staatlichen Industriebetriebe, die Ende der achtziger Jahre noch fast die Hälfte der industriellen Wertschöpfung Oberösterreichs erwirtschaftet hatten, konnte durch das Wachstum des privaten Sektors und eine tiefgreifende Privatisierungswelle aufgefangen

werden. Auf die staatlich dominierte Industrie entfielen 1989 noch 45,7 Prozent der Wertschöpfung, 1994 aber nur mehr 28,2 Prozent. Die Umschichtung der Besitzverhältnisse setzte sich auch in den nächsten Jahren durch den Börsengang der VA Stahl im Oktober 1995, den Verkauf der Chemie Linz GmbH an die holländische DSM, die Abgabe der Austria Metall AG an die Gruppe Hammerer-Turnauer, die Privatisierung der Salinen AG im Frühjahr 1997 und durch den Verkauf der Steyr Antriebstechnik (SAT) an Frank Stronach weiter fort. Die VA Stahl AG wandelte sich von einem Grundstoffhersteller zu einem modernen Werkstoffkonzern. Auch bei der Chemie Linz ließ ein hektisches Umstrukturierungskarussell letztlich von den 7.000 Arbeitsplätzen nur etwa 1.700 in den verstaatlichten „Rest-Betrieben“ der Agrolinz Melamin GmbH und der PCD-Polymere GmbH übrig. Die Produktion wurde auf Melamin und Düngemittel reduziert, das riesige Werksgelände für einen „Chemiepark“ freigemacht. 1996 waren 19 selbstständige Unternehmen auf dem Gelände der früheren Chemie Linz AG tätig.

Die Überwindung der Krise

Dass die Krise nicht in eine langfristige Abwärtsspirale mündete, war also mehreren Faktoren zu verdanken: Erstens der breiten Basis an industriellen Mittelbetrieben in Oberösterreich, die in die Lücke, die die Krise der Verstaatlichten Industrie hinterließ, einrücken konnten; zweitens einer konsequenten und erfolgreichen Privatisierungspolitik; drittens den Auswirkungen der Ostöffnung und des EU-Beitritts, von denen Oberösterreichs Wirtschaft durch die Öffnung der Nordgrenze profitieren konnte; und viertens auch den Früchten einer Bildungs- und Forschungsförderung, die in den 1960er Jahren mit zahlreichen höheren Schulen, der Gründung der Universität Linz, dem Innovationszentrum Hagenberg und den neuen Fachhochschulen eingeleitet worden war und in den achtziger und neunziger Jahren spürbar zu werden begann.

Oberösterreich ist in den 1990er Jahren zum führenden Industrieland Österreichs geworden; der Industrieanteil war mit einem leichten Rückgang von 56,4 Prozent im Jahr 1973 auf 54 Prozent im Jahr 1997 immer noch der höchste unter allen österreichischen Bundesländern. Der primäre Sektor sank im gleichen Zeitraum von 12,3 Prozent auf 8 Prozent, der Dienstleistungssektor stieg von 31,3 Prozent auf 36 Prozent. Die Krise der Verstaatlichten Industrie war überwunden. Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs im Jahr 1989 und dem Beitritt zur Europäischen Union hat eine neue Phase der österreichischen Wirtschaftsgeschichte begonnen. Mit der Öffnung der über Jahrzehnte toten Grenze nach Norden bot sich zweifellos nicht nur für die Grenzregionen eine neue Chance. Oberösterreichs Wirtschaft konnte alte Verbindungen neu beleben. Oberösterreich und Linz können ihre traditionellen Stärken, die Lage am Schnittpunkt europäischer Verkehrswege von West nach Ost und Nord nach Süd, ebenso wie das hohe Ausbildungsniveau und die hervorragende Infrastruktur, wieder besser ausspielen.

Neue Betriebe siedelten und siedeln sich an. Eine rege Bau- und Planungstätigkeit kennzeichnet das Geschehen. Der Weg in die neue Industrie ist voll im Gange, mit ganz neuen Produkten, aber auch mit neuen Ideen in der traditionellen Produktpalette. Erfasst sind inzwischen alle Regionen, das Mühlviertel ebenso wie das Innviertel. Oberösterreich ist flächendeckend zum Industrieland geworden.

Literatur

- Chaloupek, Günther/Lehner, Dionys/Matis, Herbert/Sandgruber, Roman:* Österreichische Industriegeschichte, Bd. 1, 1700 bis 1848. Die vorhandene Chance. Wien 2003.
- Ellmauer, Daniela/John, Michael/Thumser, Regina:* „Arisierungen“, beschlagnahmte Vermögen, Rückstellungen und Entschädigungen in Oberösterreich. Wien 2004.
- Felber, Ulrike u. a.:* Ökonomie der Arisierung. Zwangsverkauf, Liquidierung und Restitution von Unternehmen in Österreich 1938 bis 1960. Bd. 1. Grundzüge, Akteure und Institutionen; Bd. 2. Wirtschaftssektoren, Branchen, Falldarstellungen. Wien 2004.
- Jetschgo, Johannes/Lacina, Ferdinand/Pammer, Michael/Sandgruber, Roman:* Österreichische Industriegeschichte. Bd. 2, 1848 bis 1955. Die verpasste Chance. Wien 2004.
- König, Martina:* Die Geschichte der Aluminiumindustrie in Österreich: unter besonderer Berücksichtigung des Werkes Ranshofen. Linz 1994.
- Lacina, Ferdinand/Lehner, Dionys/Mitterbauer, Peter/Resch, Andreas/Sandgruber, Roman/Tumpel-Gugerell, Gertrude:* Österreichische Industriegeschichte, Bd. 3, 1955 bis 2005. Die ergriffene Chance. Wien 2005.
- Lackinger, Otto:* 50 Jahre Industrialisierung in Oberösterreich 1945–1995 (1938–1988). Linz 1997.
- Lackinger, Otto:* Die Linzer Industrie im 20. Jahrhundert. Linz 2007.
- Lackner, Helmut/Stadler, Gerhard:* Fabriken in der Stadt. Eine Industriegeschichte der Stadt Linz. Linz 1990.
- Rathkolb, Oliver (Hg.):* NS-Zwangsarbeit: Der Standort Linz der Reichswerke Hermann Göring AG Berlin 1938–1945, 2 Bde. Wien 2001.
- Rauscher, Karl-Heinz:* Steyr im Nationalsozialismus, 2 Bde. Gnas 2003/2004.
- Sandgruber, Roman:* Franck in Linz. Geschichte eines Familienunternehmens. Linz 2014.
- Sandgruber, Roman* gem. m. *Arbesser, Maximilian u. Neumayer, Christoph:* Industrieland Österreich. Eine Erfolgsgeschichte mit Umwegen. Wien 2006.
- Sandgruber, Roman/Lehner, Dionys/Hofstadler, Alexander:* 175 Jahre Linz Textil. 1838–2013. Linz 2013.
- Sandgruber, Roman:* Lenzing. Anatomie einer Industrie Gründung im Dritten Reich. Linz 2010.
- Seidel, Hans:* Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. Wien 2005.
- Tweraser, Kurt:* US-Militärregierung Oberösterreich 1945–1950, Bd. 2: Amerikanische Industriepolitik in Oberösterreich am Beispiel VOEST und Steyr-Daimler-Puch. Linz 2009.

ÖSTERREICH
GESCHICHTE
LITERATUR
GEOGRAPHIE



Inhaltsübersicht

63. Jg. 2019 Heft 1 (398)

INDUSTRIE – INNOVATION – REGION

Hg. von Heinz Nissel

Heinz Nissel Industrie – Innovation – Region 26. Geographentagung des Instituts für Österreichkunde (11.–13. Oktober 2018)	2
Roman Sandgruber Oberösterreichs Wege zum Industrieland	10
Peter Mayerhofer/Robert Musil Innovation und Internationalisierung – Oberösterreich im Vergleich moderner Industrieregionen in Europa	23
Christian Reiner Internationalisierungspfade von Unternehmen aus betriebs- und volkswirtschaftlicher Perspektive	39
Stefanie Döringer Soziale Innovation in der Regionalentwicklung	52
Bettina Csoka Arbeit 4.0 – Digitaler Wandel in der Arbeitswelt	61
Christian Fridrich Von einem engen zu einem integrativen Verständnis – Ein Profil für die ökonomische Bildung im Unterrichtsgegenstand Geographie und Wirtschaftskunde	72
Tim Engartner Charakteristika und Perspektiven sozioökonomischer Bildung in Deutschland	84